



HESSISCHER LANDTAG

11. 02. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessen braucht weiterhin ein Sozialministerium

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag missbilligt, dass in der Liste der hessischen Ministerien für die 18. Wahlperiode kein Sozialministerium vorgesehen ist. Damit gibt es in Hessen kein für Sozialpolitik ausgewiesenes Ministerium mehr. Hessen ist damit das einzige Bundesland, das in Zeiten sozialer Krisen explizit auf ein Sozialministerium verzichtet.
2. Der Landtag fürchtet, dass damit einer weiteren Abwertung einer aktiven Sozialpolitik durch die Landesregierung Ausdruck verliehen wird. Der Koalitionsvertrag von CDU und FDP zur Sozialpolitik weist lediglich Absichtserklärungen und wenig Konkretes und Messbares für einzelne sozialpolitische Bereiche auf. Die Gewährleistung sozialer Gerechtigkeit und das Ermöglichen der Teilhabe aller am gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben sind bei den Zielsetzungen der Landesregierung nicht zu finden. Nach der Zerstörung des sozialen Netzes durch die Operation "Düstere Zukunft" wird jetzt auch in der Namensgebung des Ministeriums der Anspruch auf eine zukunftsweisende Sozialpolitik aufgegeben.
3. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, das "Ministerium für Arbeit, Familie, Gesundheit" mit dem Zusatz "und Soziales" zu versehen um ein klares Signal zu setzen, dass die Landesregierung den sozialen Ausgleich als ein wesentliches Ziel ihrer Arbeit ansieht.

Begründung:

In den anderen Bundesländern sind die Bezeichnungen der für die Sozialpolitik zuständigen Ministerien wie folgt:

Niedersachsen:	Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Baden-Württemberg:	Ministerium für Arbeit und Soziales
Rheinland-Pfalz:	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen
Bayern:	Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Saarland:	Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales
Schleswig-Holstein:	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren
Brandenburg:	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
Thüringen:	Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit
Sachsen:	Staatsministerium für Soziales
Sachsen Anhalt:	Ministerium für Gesundheit und Soziales

Mecklenburg-
Vorpommern: Ministerium für Soziales und Gesundheit
Berlin: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und
Soziales
Hamburg: Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und
Verbraucherschutz
Bremen: Ressort für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend
und Soziales
Nordrhein-Westfalen: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Wiesbaden, 10. Februar 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir